

Anhörungen der designierten Mitglieder der EU-Kommission

Neven Mimica

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

Die Anhörung ist für Montag 29. September um 18.30 Uhr geplant.



Neven Mimica, Croatia.

Für die Anhörung verantwortlicher Ausschuss

Entwicklung (DEVE)

Lebenslauf

Geboren 1953. Neven Mimica hat einen Masterabschluss in Wirtschaftswissenschaften. Nach einer diplomatischen Karriere wurde er 1997 Chefunterhändler Kroatiens für das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU und den WTO-Beitritt. Er war Minister für Europäische Integration von 2001 bis 2003 und Stellvertretender Premierminister mit Zuständigkeit für Innen-, Außen- und Europapolitik von 2011 bis 2013. Mit dem EU-Beitritt Kroatiens im Juli 2013 wurde er Kommissar für Verbraucherpolitik in der aus dem Amt scheidenden Kommission.

Dieses Dokument gehört zu einer Reihe von Briefings, die den Mitgliedern des Europäischen Parlaments einen Überblick über die wesentlichen Themen im Zusammenhang mit den Anhörungen der designierten Kommissarinnen und Kommissare geben sollen. Die vollständige Reihe dieser Briefings finden Sie unter: http://epthinktank.eu/commissioner_hearings

Hintergrund

2013 erreichte der globale Wohlstand einen neuen Rekordwert von 241 Billionen US-Dollar, was gegenüber 2012 einen Zuwachs von 4,9 % bedeutet; gleichzeitig mussten 1,2 Milliarden Menschen – 17,7 % der Weltbevölkerung – immer noch mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen. Obwohl die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen weltweit abnimmt, hauptsächlich wegen steigender Einkommen in China, werden die Aussichten für die globale Entwicklung von zunehmenden Ungleichheiten überschattet, die die soziale und wirtschaftliche Stabilität gefährden. Das Vermögen der armen Hälfte der Weltbevölkerung ist heute genauso groß wie das der 85 reichsten Menschen der Welt, wobei diese Kluft immer größer wird.

Wegen ihres finanziellen Beitrags und ihrer Einflussnahme auf die politische Tagesordnung in verschiedenen internationalen Foren gehört die EU, obwohl sie unter der Fragmentierung ihrer Entwicklungspolitik (auf nationaler und auf EU-Ebene) leidet, zu den Akteuren, die die globale Entwicklungspolitik am stärksten prägen. Trotz der Haushaltszwänge infolge der Wirtschaftskrise, die dazu führten, dass die Entwicklungshilfe der EU 2012 um insgesamt 2 % gekürzt wurde, leistet die EU weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur öffentlichen Entwicklungshilfe. 2012 wurden 20 % der insgesamt 55,2 Milliarden Euro an Hilfsgeldern von der Kommission verwaltet, die übrigen 80 % von den Mitgliedstaaten.

Die Unionsbürger leisten trotz der wirtschaftlichen Lage weiter einen großen Beitrag zur Entwicklungshilfe. Laut einer Umfrage von Eurobarometer aus dem Jahr 2013 sind 83 % der Befragten der Ansicht, dass es wichtig ist, den Menschen in den Entwicklungsländern zu helfen. 61% der Befragten sind für einen Anstieg der EU-Hilfen.

Vertragsgrundlage und Zuständigkeit des EP

Die Artikel 208 bis 211 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) enthalten Bestimmungen über die Entwicklungspolitik der EU, für die die EU und die Mitgliedstaaten gemeinsam zuständig sind. Das EP ist zusammen mit dem Rat Mitgesetzgeber im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens (Artikel 212 Absatz 2 AEUV in Verbindung mit Artikel 209 AEUV).

Die 11 aufeinander folgenden Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) - von der Kommission verwaltet - beruhen auf zwischenstaatlichen Vereinbarungen: beginnend mit dem Übereinkommen über die überseeischen Länder und Gebiete (OCT), das dem Vertrag von Rom 1957 beigelegt ist, über zwei Jaunde-Konventionen, vier Lomé-Konventionen, bis zu dem geänderten Cotonou-Abkommen für den aktuellen 11. EEF.

Wichtigste Entwicklungen der letzten Zeit

Die Gesamtziele und Grundsätze der Entwicklungspolitik der EU, die im Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik von 2005 festgelegt wurden, wurden durch die 2011 veröffentlichte Mitteilung der Kommission über die **Agenda für den Wandel** ergänzt. Angestrebt werden eine wirksamere Zusammenarbeit und mehr Erfolge bei der Verringerung der Armut – dem wichtigsten Ziel der EU-Politik in diesem Bereich – basierend auf den Prinzipien der strategischen Priorisierung, der Konzentration, der Differenzierung und der Koordinierung durch die EU.

In den Mitteilungen aus dem Jahr 2013 "**Ein menschenwürdiges Leben für alle: Beseitigung der Armut und Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft für die Welt**" und "**Nach 2015: Auf dem Weg zu einem umfassenden und integrierten Konzept für die**

Finanzierung von Armutsbeseitigung und nachhaltiger Entwicklung" wurden die gemeinsame Vision der EU für die Ziele für die Zeit nach 2015 und die dazu angemessenen Finanzierungsinstrumente aufgezeigt.

Die zwei wichtigsten Finanzierungsinstrumente der EU zur Umsetzung ihrer entwicklungspolitischen Ziele sind:

- das **Instrument für die Entwicklungszusammenarbeit (DCI)**, das sich auf Entwicklungsländer in Asien, Lateinamerika, Südafrika und den Nahen Osten sowie auf thematische Programme und das afrikaweite Programm erstreckt; dafür werden **19,7 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014-2020** aus dem EU-Haushalt bereitgestellt. Das EP ist Mitgesetzgeber und beteiligt sich auch am strategischen Dialog über Programmierungsdokumente.
- der **Europäische Entwicklungsfonds (EEF)**, der sich auf die AKP-Staaten erstreckt, mit einem Budget von **31,6 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014-20**. Der EEF ist aus historischen Gründen nicht im EU-Haushalt erfasst; das EP kann nur eine Kontrolle von Programmierungsdokumenten vornehmen, die keine bindenden Folgen hat, und der Kommission die Entlastung für die Ausführung der Fondsmittel erteilen.

Die Kommission arbeitet aktiv an der Entwicklung **innovativer Finanzierungsquellen**, insbesondere durch die Stärkung von **Mechanismen der Mischfinanzierung**, um Darlehen mit kommerziellen Kapitalbewegungen zu kombinieren. Seit 2007 wurden acht regionale Mechanismen der Mischfinanzierung eingerichtet, die sich auf alle Regionen der externen Zusammenarbeit der EU erstrecken. Die **EU-Plattform für die Mischfinanzierung in der externen Zusammenarbeit**, an der Vertreter des EP beteiligt sind, wurde Ende 2012 eingerichtet, um auf Kritik an der Transparenz und der mangelnden Legitimität bei der Verwaltung der Kombinationsfazilitäten zu reagieren.

Auf institutioneller Ebene hat sich die Zuständigkeit für die Formulierung der Entwicklungspolitik der EU von der Kommission auf den **Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD)** verlagert, was einige Probleme bezüglich der Zuständigkeitsverteilung aufgeworfen hat.

Beitrag des Europäischen Parlaments

Im Zuge der Verhandlungen über das neue DCI hat das EP eine Zielvorgabe von 20% für Investitionen in soziale Dienste und Sekundarschulbildung und einen menschenrechtsorientierten Ansatz für die Entwicklung erreichen können. Im Rahmen der neuen Vereinbarung wird das EP mehr Kontrolle über die Politik und Finanzausweisungen haben sowie eine stärkere Rolle bei der strategischen Entscheidungsfindung über die Entwicklungspolitik spielen.

Das EP hat die Kommission und die Mitgliedstaaten wiederholt aufgefordert, die Effizienz der Hilfe durch **eine bessere Koordinierung** und die **praktische Umsetzung der Arbeitsteilung** zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission zu verbessern, und dabei bedauert, dass die wichtigsten diesbezüglichen Zusagen nicht eingehalten wurden.

Europäischer Mehrwert

Durch eine bessere Koordinierung zwischen der Entwicklungspolitik der EU und der Mitgliedstaaten können beträchtliche Einsparungen erzielt werden. Nach einem Bericht des Referats Europäischer Mehrwert des EP über die Kosten der Nichtverwirklichung Europas könnten jährlich rund 800 Millionen Euro eingespart werden, wenn die durch die Fragmentierung der Hilfe bedingten Transaktionskosten wegfielen. Noch mehr Einsparungen – von bis zu 8,4 Milliarden Euro – ließen sich erzielen, wenn die Zuteilung der Hilfen vollständig auf EU-Ebene koordiniert und die Hilfe ausschließlich auf den Armutsabbau konzentriert würde.

In einer am 11. November 2013 angenommenen Entschließung (Mitchell-Bericht) forderte das EP die Kommission auf, spätestens im ersten Halbjahr 2016 einen **Legislativvorschlag zur EU-Geberkoordinierung** vorzulegen. Die (unzureichende) Geberkoordinierung ist in der Tat eine der größten Schwächen, die die Entwicklungsanstrengungen der EU und ihre Wahrnehmung bei den Hilfeempfängern beeinträchtigt.

Um raschere Fortschritte im Bereich der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung zu erzielen, forderte das EP in seiner Entschließung vom 18. Mai 2010 die **Einsetzung eines ständigen Berichterstatters für die Kohärenz der entwicklungspolitischen Maßnahmen**, der den Entwicklungsausschuss über Inkohärenzen zwischen der Entwicklungspolitik und anderen Politikbereichen informiert. In dem 2014 vorgelegten Bericht über Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung werden Instrumente und Methoden zur Stärkung dieser Kohärenz im EP und in der Kommission herausgearbeitet, insbesondere durch Koordinierung und Schlichtungsmechanismen.

Der Entwicklungsausschuss hat den Vorschlag der Kommission, **2015 zum Jahr der Entwicklung** zu machen, nachdrücklich unterstützt.

Wichtigste Prioritäten und anstehende Probleme

Die Entwicklungspolitik der EU wird sich weiter an das sich ändernde Umfeld der globalen Zusammenarbeit anpassen müssen, insbesondere an:

- **neue Geber mit konkurrierenden Entwicklungsmodellen:** Die Schwellenländer sind immer mehr in eine Entwicklungszusammenarbeit einbezogen, die auf dem Gedanken einer Süd-Süd-Interaktion beruht, die für beide Seiten von Vorteil ist;
- **eine wichtigere Rolle des Privatsektors in der Entwicklung**, mit den damit verbundenen Problemen der Legitimierung und möglicher Interessenkonflikte; und
- die Tatsache, dass **eine Neudefinierung der öffentlichen Entwicklungshilfe und eine statistische "Revolution"** vonnöten sind, um die Planung und Evaluierung politischer Maßnahmen zu verbessern.

Auf internationaler Ebene wird die **endgültige Aushandlung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung für den Zeitraum nach 2015** die Entwicklungsagenda im Jahr 2015 dominieren. Einige Kommentatoren bezweifeln, dass die EU in der Lage ist, als glaubwürdiger und homogener Akteur aufzutreten, und befürchten, dass das Handlungspotenzial der EU durch unterschiedliche Standpunkte der Mitgliedstaaten geschwächt wird.

Die **Neugestaltung der Entwicklungsfinanzierung** im Rahmen der Umsetzung der Agenda für die Zeit nach 2015 angesichts der Diversifizierung der für die Entwicklungsländer zur Verfügung stehenden Finanzmittel und der Haushaltszwänge der traditionellen Geber aus den OECD-Ländern wird ein wichtiges Thema sein.

Auf EU-Ebene stehen mehrere Probleme im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit:

- die **Einbeziehung des Europäischen Entwicklungsfonds in den Haushaltsplan**, wodurch das EP eine stärkere Kontrolle ausüben könnte, wird im Rahmen der komplexen Überlegungen über das mögliche Nachfolgeabkommen zu dem 2020 auslaufenden Cotonou-Abkommen mit den AKP-Staaten diskutiert;
- der seit langem zur Diskussion stehende Aspekt der **Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung** muss intern in allen Politikbereichen der EU und auf internationaler Ebene vorangebracht werden;
- das Erfordernis einer **stärkeren Absicherung der entwicklungspolitischen Maßnahmen der EU** in Zusammenhang mit neuen strategischen Interessen, durch die ihre etablierte normative Grundlage möglicherweise in Frage gestellt wird.

Weitere Informationen

[Foreign policy and development in the post-Lisbon European Union](#) / Smith M. in Cambridge Review of International Affairs, 2013, 26:3.

[The Cost of Non-Europe in Development Policy](#) / M. Nogaj, Referat Europäischer Mehrwert, EP, 2013.

[Entwicklungspolitik: Allgemeiner Überblick](#) / Kurzdarstellungen zur Europäischen Union, EP, 2014.

[Jahresbericht 2014 über die Entwicklungspolitik der Europäischen Union und die Umsetzung der Außenhilfe im Jahr 2013](#) / Europäische Kommission, 2014.

Haftungsausschluss und Urheberrecht

Die Verantwortung für den Inhalt liegt ausschließlich beim Verfasser dieses Dokuments; eventuelle Meinungsäußerungen entsprechen nicht unbedingt dem Standpunkt des Europäischen Parlaments. Das Dokument richtet sich ausschließlich an die Mitglieder und Mitarbeiter des Europäischen Parlaments und ist für deren parlamentarische Arbeit bestimmt. Nachdruck und Übersetzung zu nicht-kommerziellen Zwecken mit Quellenangabe gestattet, sofern der Herausgeber vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

© Europäische Union, 2014.

Bildnachweis: © Europäische Union, 2014 - EP.

eprs@ep.europa.eu

<http://www.eprs.ep.parl.union.eu> (Intranet)

<http://www.europarl.europa.eu/thinktank> (Internet)

<http://epthinktank.eu> (Blog)